

Bundeshaushalt 2020: Fragen und Antworten

Trotz drohender Konjunkturkrise werden dem Bund bis 2024 ganze 109 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen zur Verfügung stehen als 2019. Hätte die Große Koalition den politischen Willen, könnte sie auf den Solidaritätszuschlag verzichten, die Bürger entlasten, zukunftsgerichtet investieren und Schulden tilgen. Die FDP-Fraktion hat mit 596 Anträgen zum Bundeshaushalt 2020 konkret gezeigt, wie das geht.

Was kritisiert die FDP-Fraktion am Bundeshaushalt 2020

Die Bundesregierung hat trotz gewaltiger Mehreinnahmen von 72,2 Milliarden Euro gegenüber der letzten Legislaturperiode kaum Zukunftsinvestitionen angestoßen. Stattdessen verteilt sie das Geld mit der Gießkanne. So werden beispielsweise die Ausgaben für die Rente erstmals die 100-Milliarden-Euro-Marke überschreiten. Im Gegensatz dazu wird die Digitalisierung von der Großen Koalition sträflich vernachlässigt, das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ fällt viel zu gering aus. Im Koalitionsvertrag hatte die Große Koalition versprochen, 12 Milliarden Euro in den Breitbandausbau zu investieren, voraussichtlich werden es aber lediglich 2,5 Milliarden Euro sein. Schaut man sich die Investitionsquote an, wird diese in der Finanzplanung von 11,9 Prozent im Jahr 2020 auf 10,6 Prozent im Jahr 2023 absinken. Auf diese Weise haben Unternehmen zu wenig Anreiz, ihrerseits Investitionen hochzufahren.

Was will die FDP-Fraktion ändern?

Die FDP-Fraktion hat jeden Titel im Bundeshaushalt genau unter die Lupe genommen und Sparpotenzial ausgelotet. Im Ergebnis könnte die Bundesregierung schon zum 1. Januar 2020 vollständig auf den Solidaritätszuschlag im Gegenwert von insgesamt 19,9 Milliarden Euro verzichten. Zusammengenommen hat die FDP-Fraktion 596 Änderungsanträge mit einem Entlastungsvolumen von über 20 Milliarden Euro vorgelegt. Diese Summe möchten wir auch dazu nutzen, den Schuldenberg des Bundes stückweise abzubauen. Dazu haben wir beantragt, den Schattenhaushalt der Asyl- und Flüchtlingsrücklage aufzulösen, aus der bis heute noch kein einziger Cent für Flüchtlingskosten entnommen wurde.

Wie könnte die vollständige Abschaffung des Soli finanziert werden?

Zur Finanzierung der Entlastung setzt die FDP-Fraktion auf den Abbau schädlicher oder unwirksamer Subventionen wie dem Baukindergeld und den Abbau ungenutzter Finanzreserven in den Ministerien. Zudem sollen nur die

tatsächlich benötigten Summen für Förderprogramme bereitgestellt und unnötige und absurde Programme wie „Musik an Bahnhöfen“ oder die „Klimaberatung für Campingplatzbetreiber“ abgeschafft werden. Damit folgt die FDP-Fraktion auch den Empfehlungen des Bundesrechnungshofs.

Warum sollte der Soli vollständig abgeschafft werden?

Der Solidaritätszuschlag ist eine sogenannte Ergänzungsabgabe. Diese darf der Bund nicht dauerhaft, sondern nur zeitlich befristet für einen besonderen Zweck erheben. 1995 wurde der Solidaritätszuschlag zur Finanzierung der Deutschen Einheit erhoben und die Verwendung im sogenannten Solidarpakt I und II geregelt. Der Solidarpakt II läuft jedoch Ende 2019 aus. Aus Sicht der FDP-Fraktion, aber auch des Bundesrechnungshofs sowie führender Verfassungsrechtler endet damit die Rechtfertigung für die Erhebung des Soli. Die Große Koalition will ihn aber teilweise weiterhin erheben und zwar ohne gesetzliche Regelung, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Damit baut die Große Koalition ein immenses Haushaltsrisiko auf. Sollte das Bundesverfassungsgericht beispielsweise Ende 2023 das Urteil fällen, dass die weitere Erhebung des Soli ab 2020 verfassungswidrig ist, müsste der Bund den Bürgern nachträglich 50 Milliarden Euro zurückerstatten. Das ist das Gegenteil von verantwortlicher Politik. Zudem hat die Politik den Menschen in den 90er Jahren versprochen, dass der Soli abgeschafft wird, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Dieses Versprechen muss jetzt eingelöst werden. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Sieht die FDP-Fraktion für den Bundeshaushalt nur Einsparungen vor?

Nein. Für die FDP-Fraktion haben Zukunftsinvestitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur absolute Priorität. Für ein progressives Bildungs- und Forschungssystem haben wir zusätzliche 2,3 Milliarden Euro beantragt. Damit soll beispielsweise das BAföG elternunabhängig gemacht, eine Exzellenzinitiative berufliche Bildung gestartet, Bildungs- und Sportprogramme für benachteiligte Kinder angestoßen und im Rahmen eines Digitalpakts 2.0 ausreichend Mittel zur Nutzung digitaler Lernplattformen zur Verfügung gestellt werden. Zudem hat die FDP-Fraktion vorgeschlagen, insgesamt 739 Millionen Euro für die Stärkung des Multilateralismus zu verwenden, um insbesondere das deutsche Engagement bei den Vereinten Nationen, dem World Food Programme und dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR zu erhöhen. Außerdem enthält unser Vorschlag 600 Millionen Euro für Infrastrukturprojekte wie die Digitalisierung der Schiene und die Förderung klimafreundlicher Innovationen im Luftverkehr.